

BKV: „Licht am Ende des Tunnels“

Stichtag 1. September: Stets zu diesem Datum werden die neuen Kommissarinnen und Kommissare nach erfolgreich absolviertem Studium auf die Polizeibehörden im Land verteilt. „Erstmals wird es mehr Polizeibeamte für alle 47 Kreispolizeibehörden geben“, hatte das NRW-Innenministerium bereits Anfang Juli per Pressemeldung mitgeteilt. Aufgrund der schon seit einigen Jahren deutlich erhöhten Einstellungszahlen gebe es unterm Strich laut Planung landesweit 250 Beamte zusätzlich.

Kein Zweifel, das sind gute Nachrichten. Erst recht, wenn man bedenkt, aus welchem tiefem Tal die Polizei in NRW personell kommt. Über viele Jahre hinweg waren in NRW weniger Polizisten eingestellt worden als altersbedingt ausschieden. Aus dem jahrelangen Personalabbau ist ein Personalaufbau geworden. „Das verdient Anerkennung“, sagt GdP-Landesvorsitzender Michael Mertens.

Für Euphorie allerdings gibt es keinen Anlass. Wer die Zahlen der neuen Belastungsbezogenen Kräfteverteilung (BKV) etwas genauer betrachtet, erkennt: Die Zuwächse relativieren sich ziemlich schnell. Die einzelnen Behörden erhalten laut Planung zwischen 1,5 Beamtenstellen (z. B. Duisburg) und 15,5 Beamtenstellen (Münster) mehr. In lediglich sieben der 47 Kreispolizeibehörden gibt es einen zweistelligen Zuwachs (alle Angaben gerundet).

Zur Einordnung: Für die 24-Stunden-Besetzung eines Streifenwagens werden – zumindest im Plan – zwölf Stellen benötigt.

Gerade im ländlichen Raum, wo die Wege lang sind, wird die geplante Verstärkung deshalb vielerorts nicht ausreichen, um das Sicherheitsgefühl der Bürger signifikant zu erhöhen. Einige Beispiele? Düren, Siegen-Wittgenstein und Olpe etwa sollen anderthalb Stellen mehr erhalten, in Herford sind es zwei, in Minden-Lübbecke zweieinhalb.

Aber auch für Großstadtbehörden fällt die geplante Verstärkung übersichtlich aus; gemessen an der Größe der Behörde ist es eine Verstärkung im Prozent- oder häufig gar Promillebereich. Einige Beispiele? Düsseldorf (rund 2 620 Stellen im Beamtenbereich) soll zwei Beamte zusätzlich erhalten, Köln (mehr als 4 110 Stellen) zweieinhalb. Selbst die 15,5 zusätzlichen Kräfte sind für Münster (1 280 Stellen) alles andere als der sprichwörtliche „Schluck aus der Pulle“.

Ohnehin gilt ja zu beachten: Alle Zahlen sind vorläufig. „Nach dem 1. September wissen wir mehr“, sagt Michael Mertens. Erst müssen die Kommissaranwärterinnen und -anwärter ihre letzten Prüfungen bestehen. Dann weiß man, wie viele Kräfte wirklich in den Behörden vor Ort ankommen. Zuletzt lag die Drop-out-Quote bei erschreckenden fast 20 Prozent. Viel zu hoch aus Sicht der

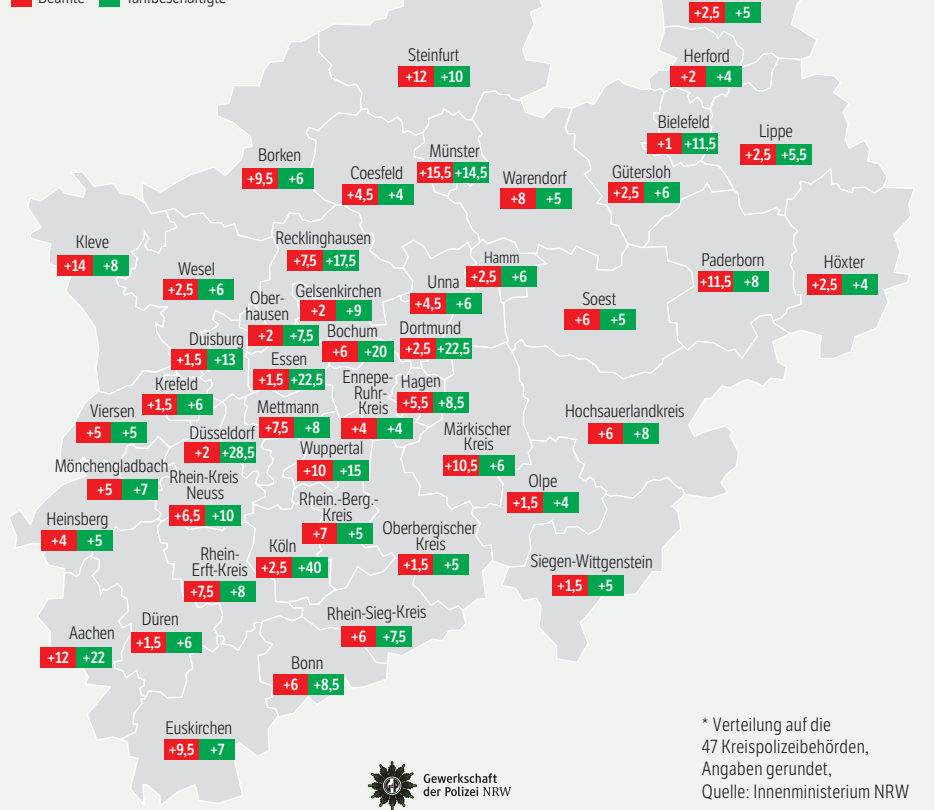
GdP, die u. a. auf eine Stärkung der Tutoren drängt.

Abzuwarten bleibt auch, wie viele Tarifbeschäftigte tatsächlich bei den Polizeibehörden vor Ort ankommen. Einmal mehr will das Land NRW hier auf breiter Front einstellen. Tarifbeschäftigte ergänzen die Beamten und werden für die Polizei in NRW immer wichtiger. Fast 460 zusätzliche Stellen sind vorgesehen. Für

Geplante Kräfteverteilung 2022

Stichtag 1. September*

■ Beamte ■ Tarifbeschäftigte



* Verteilung auf die 47 Kreispolizeibehörden, Angaben gerundet, Quelle: Innenministerium NRW



die Behörden vor Ort bedeutet das Zuwächse zwischen +4 (z. B. in Herford) und +40 (Köln).

Im Ringen um geeignete Fachkräfte hat das Land NRW allerdings immer öfter das Nachsehen – Stellen bleiben leer. Die Löhne beispielsweise im IT-Bereich hinken im Vergleich zur Privatwirtschaft meilenweit hinterher. Die überlange Wochenarbeitszeit schreckt

ab. Hier muss viel geschehen, wenn der öffentliche Dienst wettbewerbsfähig bleiben will.

Trotz allem: Dass es endlich wieder Personalzuwachs gibt, sieht Michael Mertens äußerst positiv. „Die Herausforderungen für die Polizei werden ja nicht weniger – im Gegenteil“, meint der GdP-Landesvorsitzende. Er begrüßt, dass die neue Landesregierung die Zahl der Neuein-

stellungen sogar auf 3000 erhöhen will. Um die Qualität der Ausbildung zu sichern, dürfe das aber nicht übereilt geschehen.

Insgesamt beschreibt der GdP-Vorsitzende die personelle Lage bei der Polizei in NRW so: „Wir sehen Licht am Ende des Tunnels!“ Das freilich ändert nichts daran, dass man immer noch im Tunnel ist. ■

Auf den Instrumentenkasten kommt es an



Fünf Jahre lang hat die frühere schwarz-gelbe Landesregierung Jahr für Jahr 2500 Polizistinnen und Polizisten eingestellt. In dieser Legislaturperiode sollen es unter Schwarz-Grün sogar 3000 Kommissaranwärter werden.

Bis die dringend erforderliche Verstärkung vor Ort ankommt, wird es trotzdem noch mehrere Jahre dauern. Denn zum einen ist die Bewerbersituation nicht mehr so, wie wir das lange bei der Polizei gewohnt waren. Auch weil andere Branchen und Berufe die Polizei an Attraktivität überholt haben. Und zum anderen wird sich der Bewerbermangel in den nächsten Jahren weiter verschärfen. Nicht nur wegen der kleiner werdenden Zahl der Schulabgänger.

Dass Innenminister Herbert Reul trotzdem 3000 Anwärterinnen und Anwärtern anpeilt, ist gut. Denn sonst werden wir auch in den nächsten Jahren Stellenzuweisungen erleben, die den Behörden nicht weiterhelfen. Klar ist aber auch, dass das Ziel von 3000 Neueinstellungen unter den jetzigen Rahmenbedingungen nicht zu erreichen ist, sondern dass sich bei der Personalgewinnung und der Personalentwicklung bei der Polizei vieles ändern muss. Welche Änderungen im Detail erforderlich sind, wird zurzeit von einer Arbeitsgruppe in Innenministerium entwickelt.

Auch wenn deren Ergebnisse noch nicht vorliegen, ist bereits jetzt klar zu erkennen: Den einen großen

Schritt, die einzelne Stellschraube, die alles verändert, gibt es nicht. Sondern wir brauchen eine Vielzahl von aufeinander abgestimmten einzelnen Maßnahmen. Einen breiten Instrumentenkasten.

Für die GdP ist klar, dass da auch die Bezahlung, die Aufstiegsmöglichkeiten und die Arbeitsbedingungen bei der Polizei dazugehören. Der Abbau der überlangen Arbeitszeit, die längst überfällige Aufhebung des Deckelungsbeschlusses, eine grundlegende Neugestaltung des Zulagensystems und die Durchsetzung attraktiver Aufstiegsperspektiven im Tarifbereich müssen von der Landesregierung endlich angegangen werden.

Es gibt keine Zeit zu verlieren!

Michael Mertens,
Landesvorsitzender

Klare Regeln – statt Von-Fall-zu-Fall-Entscheidungen

Polizistinnen und Polizisten aus NRW, die im Juni beim G7-Gipfel in Elmau im Einsatz waren, bekommen als Ausgleich für die besonderen Belastungen, denen sie beim Großeinsatz am Rande der bayerischen Alpen ausgesetzt waren, einen zusätzlichen Tag Freizeit ausgleich. Das hat Innenminister Herbert Reul (CDU) Anfang August nach langem, hartnäckigem Drängen der GdP und des Hauptpersonalrats der Polizei (PHPR) entschieden.

Aus Sicht der GdP ist der zusätzliche Urlaubstag eine mehr als überfällige Entscheidung. Das alleine reicht aber nicht: Statt bei jedem Großeinsatz ständig neu mit dem Innenministerium über die Anerkennung der Bereitschaftszeiten verhandeln zu müssen, fordert die GdP von Innenminister Reul eine klare Regelung, wie in Zukunft die Dienstzeiten der NRW-Beamten bei heimatfernen Großeinsätzen vergütet werden. Die Kriterien dafür

müssen bereits vor dem Einsatzbeginn feststehen und nicht erst im Nachhinein festgelegt werden.

Vorbild für einen entsprechenden Erlass könnte eine Entscheidung des Verwaltungsgerichts Hamburg vom Dezember 2021 sein (20 K 1547/17), bei der es um eine Klage von Beamten beim SEK und MEK ging: Danach liegt immer dann ein (voll zu vergütender) Bereitschaftsdienst und nicht lediglich eine Rufbereitschaft vor, wenn der Beamte sich an einem vom Dienstherrn bestimmten Ort außerhalb des Privatbereichs zu einem jederzeitigen unverzüglichen Einsatz bereitzuhalten hat und erfahrungsgemäß mit einer dienstlichen Inanspruchnahme zu rechnen ist.

Zur Beurteilung der Frage, wann eine voll zu vergütende Bereitschaftszeit angenommen werden muss, hat das Gericht verschiedene Kriterien benannt:

- Kann der Beamte seinen Aufenthaltsort frei wählen und diesen wechseln? Oder muss er sich für einen jederzeitigen Einsatz bereithalten? Ergibt sich dieses ständige Bereithalten aus der Natur des Einsatzes, auch wenn es nicht explizit angeordnet ist?
- Kann der Beamte seine dienstfreien Zeiträume frei gestalten oder ist er derart eingeschränkt, dass eine Einordnung als Bereitschaftszeit geboten ist?
- Muss eine spezielle Ausrüstung mit sich geführt werden oder muss Aufsicht über diese geführt werden, weil sie nicht anderweitig sicher verwahrt werden kann?

All diese Kriterien lassen sich mühelos auch auf die Bereitschaftspolizei übertragen. Es wird Zeit, dass für die Anerkennung der Bereitschaftszeit endlich eine klare Rechtsgrundlage geschaffen wird. ■



Bundeskongress: GdP NRW reist mit starker Delegation nach Berlin

„Für uns. Für morgen“ – das Motto des 27. Ordentlichen GdP-Bundeskongresses (12. bis 14. September) weist den Weg. Als größter Landesbezirk reist die GdP Nordrhein-Westfalen mit einer starken Delegation nach Berlin, angeführt vom stellvertretenden Landesvorsitzenden und PHPR-Vorsitzenden Markus Robert. 58 Delegierte, noch mal so viele Gastdelegierte sowie 31 Kolleginnen und Kollegen, die aufgrund satzungsgemäßer Funktionen am Bundeskongress teilnehmen, werden die gut 46 000 GdP-Mitglieder aus NRW vertreten.



Gemeinsam für die GdP: Jochen Kopelke (Mitte) mit Michael Mertens und Jutta Jakobs bei der Konferenz der NRW-Delegierten im Juli in Sprockhövel.

Es werden Tage der Weichenstellung. Der Geschäftsführende Bundesvorstand (GBV) ist im Umbruch. Neben dem Amt des Bundesvorsitzenden, für das Jochen Kopelke aus Bremen kandidiert, stehen weitere GBV-Funktionen zur Wahl.

Aus NRW kandidiert Landesvorsitzender Michael Mertens für eine weitere Periode als stellvertretender Bundesvorsitzender. „Mecky“ Mertens zeichnet im GBV bisher für den Verkehrsbereich verantwortlich. In Zeiten der Verkehrswende ist ihm eine starke Stimme für diesen Bereich sehr wichtig.

Ebenfalls aus NRW bewirbt sich die stellvertretende Landesvorsitzende Jutta Jakobs um eine Funktion im GBV, eine ausgewiesene Tarifexpertin. Jakobs will ihr Fachwissen und ihre langjährige Erfahrung einbringen.

Im Antragsbereich setzt die GdP NRW u. a. mit der Forderung nach einer sicheren Verkehrswende Akzente. Alle Verkehrsteilnehmer sollen daran beteiligt, aber eben auch in die Verantwortung genommen werden. Für den wahrscheinlichen Fall, dass Cannabis legalisiert wird, fordert ein anderer Antrag aus NRW „klare rechtliche Regelungen für alle Arbeitsbereiche der Polizei“.

Einsetzen soll sich der Bundesvorstand zudem für eine Steuerfreiheit des DUZ deutschlandweit. Außerdem möchte die GdP NRW, dass gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit unter Strafe gestellt wird, weil Berufsgruppen wie Polizei oder Militär vom § 130 StGB nicht erfasst sind.

Die GdP NRW setzt sich außerdem ein für eine Reduzierung der Wochenarbeitszeit und dafür, dass sich Höhergruppierungen immer lohnen müssen. Begrüßt wird der Antrag der Thüringer Kollegen, dass sich der Bundesvorstand für eine flächendeckende Ausstattung der Polizei mit Tasern stark machen soll. Von der Positionierung erhofft man sich Rückenwind auch für NRW, wo die Grünen bei der weiteren Anschaffung von Tasern auf der Bremse stehen. ■

Erster Jahrgang FOS „Polizei“ gestartet

Der erste Fachoberschülerjahrgang „Polizei“ ist im August gestartet. Für die zum Auftakt 340 Plätze hatten sich rund 2500 junge Leute mit mittlerer Reife beworben.

Im neuen Bildungsgang durchlaufen sie ein einjähriges Praktikum bei der Polizei. Im zweiten Jahr vertiefen sie an ausgewählten Berufskollegs Kenntnisse in Fächern wie Recht und erwerben die Fachhochschulrei-

fe. Damit können sie das Bachelorstudium an der Hochschule für Polizei und öffentliche Verwaltung aufnehmen. Eine vorbehaltliche Einstellungszusage haben sie da schon in der Tasche.

Die GdP hat die neuen Fachoberschüler mit kleinen, nützlichen Aufmerksamkeiten empfangen und ist von Anfang an ihrer Seite. Bei Fragen können sie sich an die Kreisgrup-

pen und während des Praktikums an die Personalräte vor Ort werden. Außerdem können sie die „Copcard“ beantragen und mit ihr Vorteile der GdP-Kooperationspartner nutzen.

Noch bis zum 8. Oktober läuft die Bewerbungsphase für den FOS-Lehrgang, der im Sommer 2023 startet. Der Bildungsgang wird dann ausgeweitet. Vier Berufskollegs kommen hinzu. Ihre Zahl steigt dann auf 15. ■



Start bei der Polizei: Wir sind für Euch da!

Herzlich willkommen bei der Polizei in Nordrhein-Westfalen! Mindestens 2600 Kommissaranwärterinnen und -anwärter nehmen zum 1. September 2022 ihr Bachelorstudium auf. Gerade in den ersten Wochen und Monaten ist alles neu und vieles unübersichtlich. Die GdP steht den jungen Kolleginnen und Kollegen von Anfang an zur Seite, etwa mit:

- **Studienhilfe vor Ort.** Bei Fragen oder Problemen im Studium können sich die angehenden Polizistinnen und Polizisten an ihre GdP-Ansprechpartner vor Ort wenden. Das gilt für die komplette Studienzeit und darüber hinaus. Die GdP ist für ihre Mitglieder da!
- **Klausurenchecks.** Gemeinsam fällt das Lernen leichter. Vor Klausuren bietet die GdP deshalb ihre Klausurenchecks an,

online oder in Präsenz. Durch erfahrene Dozenten werden wichtige Modulhalte wiederholt, vertieft und gefestigt, um die Prüfung erfolgreich zu bestehen. Gut zu wissen: Wenn es nicht beim ersten Mal klappt, muss man nicht verzweifeln! Die GdP bietet die Checks auch für die Wiederholerklausur an.

- **aktuellen Informationen.** Unter „polizei-bachelor.nrw“ finden Studierende aktuelle Infos und Termine rund um das Studium bei der Polizei und relevante Angebote der GdP. Neu auf der Seite ist der Online-Einstellungstest mit am Originaltest angelehnten Fragen. Zusammen mit dem Ausbildungspark Verlag unterstützt die GdP NRW potenzielle Nachwuchskräfte bei der Prüfungsvorbereitung.
- **Recherchehilfe.** Die GdP-Literaturdatenbank ist eine effektive Arbeitshilfe, um

schnell und unkompliziert Literaturquellen rund um die Themen Polizei, Recht und Gewerkschaft zu finden.

- **Hilfen zum Nachlesen.** Ob Studienverlauf, Literaturrecherche oder zum Beispiel Fragen zur Trennungspauschale: Die Broschüren der GdP unterstützen die angehenden Polizisten in vielerlei Hinsicht.

Neuer Studienstandort

In Duisburg-Mitte, gleich neben dem Hauptbahnhof, ist in diesem Sommer ein neuer Studienstandort mit knapp 700 Plätzen in Betrieb gegangen. Dort finden Kurse statt für Studierende aus der Duisburger und der Düsseldorfer Polizeibehörde.

GdP regt an: Auch ältere Bewerber sollen Polizeibeamte werden

„Gerade in Zeiten wirtschaftlicher Umbrüche sollte die Polizei auch jenen ein Angebot machen, die sich in der Mitte ihres Lebens beruflich neu orientieren“, meint Michael Mertens. Beim Sommerinterview mit der Neue Ruhr/Neue Rhein Zeitung (NRZ) hat der GdP-Landesvorsitzende angeregt, auch älteren Bewerbern eine Perspektive als Polizeivollzugsbeamte zu geben. Für sie solle die Altersgrenze bei der Einstellung von Kommissaranwärtern aufgehoben werden.

Die Einstellungspolitik der vergangenen Jahre hat dazu geführt, dass es in Nordrhein-Westfalen im Beamtenbereich viele ältere Kolleginnen und Kollegen gibt – und seit einiger Zeit auch wieder verstärkt jüngere. Dazwischen werden die Reihen dünn: „Uns fehlt der Mittelbau“, sagt Mertens. Er ist überzeugt: „Gerade Menschen mit einer gewissen Lebenserfahrung sind eine Bereicherung für die Polizei!“

Klar sei, dass man bei diesen Menschen dann die Ausbildung auch mit Zulagen kompensieren müsse, die einer Familie oder dem vorherigen Einkommen gerecht werden. „Und man muss ihnen eine Perspektive bieten, weil sie in den verbleibenden 20 Jahren nicht mehr alle Karrierestufen erreichen können.“ Mertens regt an, für sie die sogenannten Erfahrungsstufen, also eine Art Eingruppierungen, höher ansetzen. „Dafür muss man den politischen Willen haben“, meinte der GdP-Vorsitzende. ■





Bewerbungsfrist für den Aufstieg zum Verwaltungsfachwirt läuft

Der wachsende Fachkräftemangel ist eines der Kernprobleme des öffentlichen Dienstes. Deshalb ist es nur folgerichtig, dass das Land auch im kommenden Jahr den eigenen Beschäftigten erneut die Möglichkeit zum berufsbegleitenden Aufstieg zum Verwaltungsfachwirt bietet. Das interne Weiterbildungsangebot richtet sich sowohl an Verwaltungsbeamte des mittleren Dienstes als auch an Tarifbeschäftigte. Zulassungsvoraussetzung für die Beamtinnen und Beamten ist u. a. eine aktuelle Beurteilung von mindestens vier Punkten in der Besoldungsgruppe A 6 bzw. von drei Punkten in den Besoldungsgruppen A 7 bis A 9. Tarifbeschäftigte können sich

ab der Entgeltgruppe 8 bewerben. Verwaltungsfachangestellte der Fachrichtung allgemeine Verwaltung müssen beim Bewerbungsstichtag mindestens ein Jahr und einen Monat seit der Abschlussprüfung in der öffentlichen Verwaltung gearbeitet haben. Alle anderen Angestellten müssen mindestens vier Jahre und einen Monat einer Tätigkeit nachgegangen sein, die dem Berufsbild des Verwaltungsfachangestellten entspricht. Beide Beschäftigtengruppen brauchen zudem eine positive Stellungnahme ihrer Stammbehörde.

Interessierte Kolleginnen und Kollegen können sich noch bis 10. Oktober über die Personalstelle ihrer Stammdienstbehörde

bei der jeweiligen Bezirksregierung bewerben. Anschließend durchlaufen sie ein zweistufiges Auswahlverfahren. Für die Beamten läuft der Aufstieg über ein Studium an der Hochschule für Polizei und öffentliche Verwaltung (HSPV), für die Tarifbeschäftigten über eine Weiterqualifizierung am Institut für öffentliche Verwaltung (IöV) in Hilden.

Das Weiterbildungsangebot richtet sich nicht nur an Beschäftigte der Polizei, sondern steht auch anderen Ressorts offen. Wenn vom ihm eine spürbare Entlastung für die Polizeiverwaltung ausgehen soll, müssen sich deshalb möglichst viele Beschäftigte aus dem Polizeibereich bewerben. ■

Die GdP trauert um Manfred Stock

Der ehemalige Landes- und Bundeskassierer der GdP, Manfred Stock, ist am 25. Juli 2022 im Alter von 83 Jahren verstorben.

Mit Manfred Stock verliert die GdP einen Kollegen, der lange Zeit die Gewerkschaftspolitik der GdP mitgeprägt hat. Über lange Jahre war er auf unterschiedlichen Ebenen in Personalräten tätig, beginnend in seiner Heimat Ostwestfalen/Lippe. Dem Geschäftsführenden Landesbezirksvorstand in NRW gehörte er seit 1973 an, dem Geschäftsführenden Bundesvorstand ab 1979. Zuletzt übte er bis 1998 sowohl die Funktion des Bundes- als auch des Landes-kassierers aus. Ob auf Kreis-, Bezirks-, Landes- oder Bundesebene vertrat er die Interessen seiner Kolleginnen und Kollegen stets an vorderster Stelle.

Als Mann der leisen Töne war es insbesondere sein Fachverstand im Bereich der Kassen- und Finanzangelegenheiten, der ihm sowohl landes- als auch bundesweit einen Ruf als ausgewiesener Fachmann einbrachte. In Nordrhein-Westfalen ist er außerdem als Mitbegründer der Service GmbH in Erinnerung, deren Geschäfte er bis 2002 führte.

Die GdP hat in dem vorbildlichen Polizisten und überzeugten Gewerkschafter einen verlässlichen Kollegen und Freund verloren. Die GdP hat Manfred Stock viel zu verdanken. Wir werden ihn in bleibender Erinnerung halten. ■





Polizei als Freund und Helfer: Fotoschau erinnert an Flut in Bad Münstereifel

Unbedingt sehenswert: Noch bis Mitte September wird in der Stiftskirche Bad Münstereifel die Ausstellung „BAM! ... danach“ gezeigt. 29 großformatige Bilder des Fotografen Georg Wessel geben Eindrücke aus dem Eifelstädtchen unmittelbar nach der Flutkatastrophe im vergangenen Jahr wieder. Zu sehen sind eine unglaubliche Verwüstung, Berge von Schwemmgut, Matsch, Fassungslosigkeit – aber eben auch viel, ganz viel Menschlichkeit. Und die Polizei? Ist eine der Hauptprotagonisten.

Bilder zeigen, wie Polizisten hilfsbedürftige Menschen begleiten, wie Beamte mitanpacken, Schutt räumen und Wege freimachen. Wie hat man die Polizei an diesen Tagen in Bad Münstereifel erlebt? „Als Freund und Helfer, aber drei Mal unterstrichen“, sagt Georg Wessel (54) – ein gelernter Fotograf, der ganz in der Nähe des Eifelstädtchens lebt.

Wessel war am 17. und 18. Juli 2021 nach Bad Münstereifel gekommen, um seinen Sohn aus der verwüsteten Stadt abzuholen. Fast alle Bilder entstanden bei zwei Rundgängen durch die Stadt, während der Sohn packte. In der Zusammenschau bilden die Fotos ein sehr dichtes zeitgeschichtliches Dokument. „Ich hatte einfach das Gefühl, dass ich das fotografieren muss“, erzählt Wessel.

Die Ausstellung ist freitags bis sonntags, 11:00 bis 16:30 Uhr, zu sehen. Der Eintritt ist frei; um eine Spende wird gebeten. Auf Wunsch sind auch persönliche Besichtigungstermine an anderen Tagen möglich – Kontakt unter (0221) 7200271. ■



Foto: Georg Wessel

Diese Anwohnerin erkannte sich auf dem Bild in der Ausstellung wieder. „Ich wohne jetzt wieder in dem Haus“, berichtete die Frau.

DP – Deutsche Polizei
Nordrhein-Westfalen

Geschäftsstelle
Gudastraße 5–7, 40625 Düsseldorf
Telefon (0211) 29101-0
Telefax (0211) 29101-46
www.gdp-nrw.de
info@gdp-nrw.de

Redaktion
Stephan Hegger (V.i.S.d.P.)
Holger Dumke
Uschi Barrenberg
Telefon (0211) 29101-32
stephan.hegger@gdp-nrw.de

ISSN 0170-6462

Adressänderung:
mitgliederverwaltung@gdp-nrw.de

**Redaktionsschluss der nächsten
Ausgabe ist der 8. September.**

Einfach mal abtauchen!

Rufen Sie in Ihrem GdP-Reisebüro an,
wir freuen uns auf Sie.



GdP Reiseservice
Telefon 0211 - 291 01 60
www.gdp.reisen



Glücksnummern des Monats

Die Gewinner im September erhalten einen Thalia-Gutschein im Wert von 35 Euro.

45 51336, Dortmund
45 100220, Mettmann
45 101263, Hagen

Neuer Kooperationspartner der GdP

Der Online-Broker flatexDEGIRO ist seit dem 1. August neuer Kooperationspartner der GdP in Nordrhein-Westfalen. Das Unternehmen, das auch Partner des Fußballbundesligisten Borussia Mönchengladbach ist, wird ausgewählte Veranstaltungen der GdP unterstützen. Außerdem erhalten GdP-Mitglieder, die in Deutschland ein Depot unter der Marke Flatex eröffnen, Sonderkonditionen (z. B. kostenloses Konto, kostenlose Depoführung und 50 Euro Orderguthaben im ersten Jahr).

„Als europäischer Marktführer im Online-Aktienhandel freuen wir uns sehr, mit der Partnerschaft die Mitglieder dieser wichtigen Berufsgruppe unterstützen zu können und so auch unserer gesellschaftlichen Verantwortung ein Stück weit Rechnung zu tra-

gen. Gemeinsame Werte wie Sicherheit, Verlässlichkeit und Vertrauen bilden die starke Grundlage dieser Partnerschaft“, sagte Frank

Niehage, CEO von flatexDEGIRO. Geplant sind auch hochwertige Veranstaltungen zu den Themen Börse und Aktien für Einsteiger. ■



Weitere Serviceangebote für Mitglieder unter gdp-nrw.de (Link: Serviceangebote für Mitglieder)



GdP aktiv

06.09., Mitgliederversammlung der Kreisgruppe LKA, 14:00 Uhr, Cantine, Völklinger Str. 49, Düsseldorf, mit anschließendem Sommerfest für alle Mitglieder der Kreisgruppe.

22.09., Mitgliederversammlung der Kreisgruppe Kleve, 16:00 Uhr, Hotel Litjes, Pfalzdorfer Straße 2, Goch, mit anschließendem geselligen Beisammensein. Um Anmeldung bis zum 09.09. wird gebeten.

Anzeige

Claudia Wiencken GmbH

Fruchtpackerei

Dessauer Str. 10
20457 Hamburg

Tel. +49 40 7890667
Fax +49 40 782947

www.claudiawiencken-fruchtpackerei.de